
"3. Lagebericht" zu Demonstrationen im November 1989

Am 6. November 1989 reagierte die SED-Führung auf die Tausenden von Menschen, die die DDR über die Tschechische Grenze verließen, und veröffentlichte den Entwurf eines neuen Reisegesetzes. Dieser sah vor, dass DDR-Bürgerinnen und Bürger künftig für 30 Tage im Jahr ungehindert in das westliche Ausland reisen durften. Die zeitliche Begrenzung wurde allerdings als ungenügend empfunden und sorgte in der DDR-Bevölkerung für Empörung.

Im November 1989 mussten SED und Staatssicherheit unter dem Druck der Bürgerbewegung immer weiter zurückweichen. Die Diktatur befand sich in einer offenen Krise. Davon blieb auch das Ministerium für Staatssicherheit nicht verschont.

Die Öffnung der Westgrenze der DDR am 9. November hatte die Diktatur gebrochen. 28 Jahre hatten Mauer und Stacheldraht Land und Menschen getrennt. Der neuen SED-Führung unter Egon Krenz war in den Wochen zuvor klar geworden, dass sie nicht darum herum kommen würde, die Grenze ein Stück weit zu öffnen. In Kommissionen, an denen auch Vertreter der Staatssicherheit beteiligt waren, wurde über ein neues "Reisegesetz" beraten.

Am 6. November 1989 veröffentlichte die SED-Führung im Parteiorgan "Neues Deutschland" den Entwurf einer neuen Regelung. Dieser Gesetzentwurf wäre noch im September 1989 eine Sensation gewesen. Jetzt stellte er niemanden mehr zufrieden, weil das Regime bereits erkennbar geschwächt war. Nach der geplanten Regelung sollten zwar (fast) alle jedes Jahr für einige Wochen in den Westen reisen dürfen, aber weiterhin würden Antrag und Genehmigung (Visum) der Staatsorgane erforderlich sein. Auf Demonstrationen, etwa in Leipzig, attackierten die Rednerinnen und Redner den Entwurf als Ausdruck der alten Machtanmaßung.

Seit dem 5. November schickte der Minister für Staatssicherheit täglich einen "Lagebericht" über Stimmung und Aktionen im Land an SED-Generalsekretär Krenz. Im dritten Bericht vom 7. November wird berichtet, dass die Größe der Demonstrationen und der Unmut der DDR-Bevölkerung eskalierten. Die Veröffentlichung des Reisegesetzentwurfes hatte nicht zur Beruhigung beigetragen, sondern im Gegenteil die Proteste weiter verstärkt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 8266, Bl. 9-11

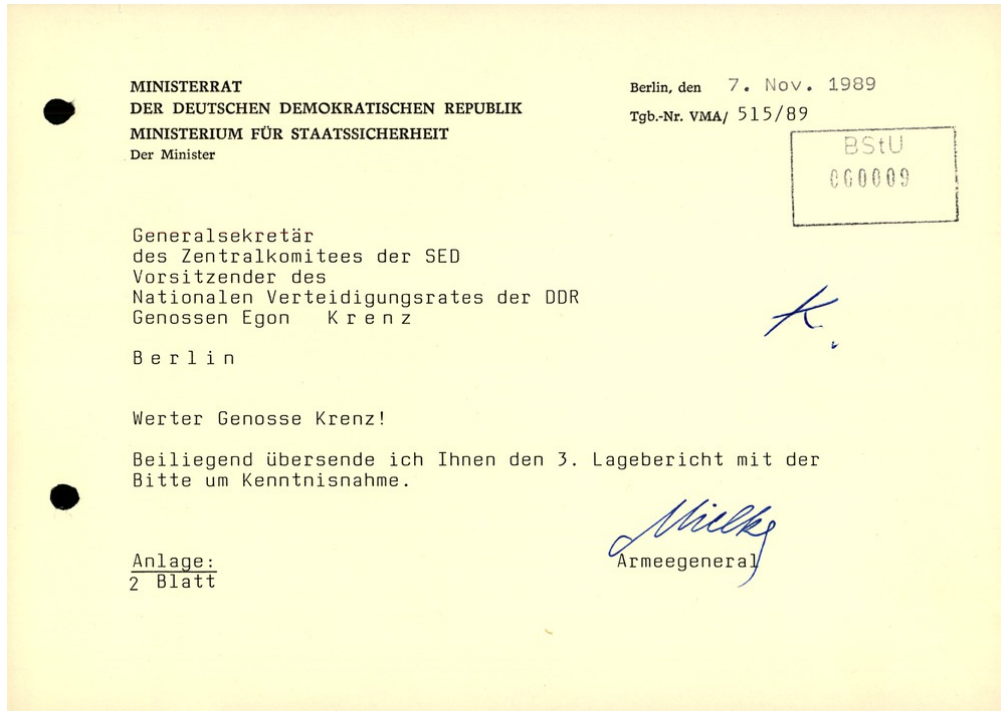
Metadaten

Diensteinheit: Minister für
Staatssicherheit
Rechte: BStU

Urheber: MfS
Datum: 7.11.1989
Überlieferungsform: Dokument



"3. Lagebericht" zu Demonstrationen im November 1989

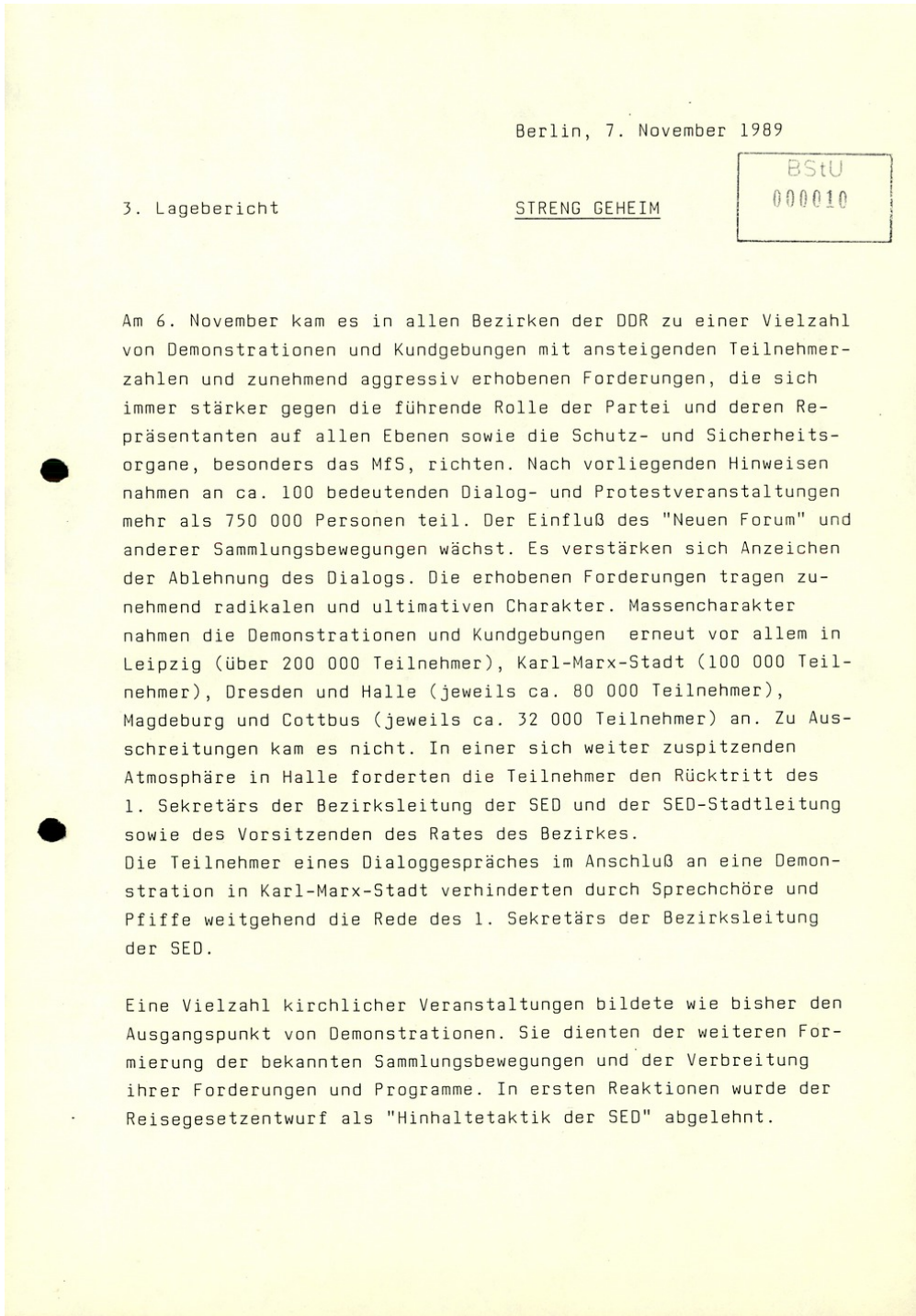


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 8266, Bl. 9-11

Blatt 9



"3. Lagebericht" zu Demonstrationen im November 1989



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 8266, Bl. 9-11

Blatt 10



"3. Lagebericht" zu Demonstrationen im November 1989

BStU
000011 2

Kirchliche Amtsträger in Halle (Georgengemeinde und Evangelische Studentengemeinde Halle) beabsichtigen eine Unterschriftensammlung zur Herbeiführung eines Volksentscheids zur Änderung des Artikels 1 der Verfassung der DDR.

Die 2 000 Teilnehmer einer Veranstaltung in der Oberkirche in Cottbus wurden aufgefordert, sich als Mitglieder/Sympathisanten des "Neuen Forum" bzw. der SDP einzutragen sowie mit ihren Unterschriften für die Abschaffung des Artikels 1 der Verfassung einzutreten. Während einer Andacht mit 2 000 Teilnehmern in der Gethsemanekirche, Berlin-Prenzlauer Berg, wurde zu einer Demonstration gegen das Wahlergebnis vom 7. Mai 1989 am 7. November 1989, 17.00 Uhr an der Weltzeituhr aufgefordert.

Während einer Demonstration vor einer Montagsandacht der Katholischen Kirche in Hennigsdorf wurde ein Brief an den Minister für Staatssicherheit mit der Forderung nach Beseitigung des MfS vorgelesen.

Nicht näher bestimmbare Kräfte beabsichtigen nach vorliegenden Hinweisen, am 7. November 1989 eine Demonstration vor der Bezirksverwaltung des MfS, Frankfurt/O. durchzuführen.

In breiten Kreisen der Bevölkerung der Bezirke Halle und Schwerin wird erwartet, daß die Regierung der DDR und das Politbüro des ZK der SED geschlossen zurücktreten.

